



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 18.04.2012

Chance für Klimaschutz und Subventionsabbau:

EUROPAPARLAMENT SOLLTE REFORM DER ENERGIEBESTEUERUNG ZUSTIMMEN

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) fordert die EU-Parlamentarier auf, die Reform der Energiebesteuerung mit ihrer morgigen Zustimmung zum Berichtsentwurf des Parlaments zu befürworten. „**Das Europäische Parlament kann morgen ein wegweisendes Signal für eine innovative und kohärente Steuerpolitik setzen, die das Potential hat, Haushalte zu konsolidieren und den wiederholt beschlossenen Strukturwandel hin zu einer Green Economy nachhaltig einzuleiten**“, sagte Kai Schlegelmilch, Leiter Internationale und EU-Politik beim FÖS.

Die derzeitige **Dauersubvention von Dieselsprit** sei nicht länger hinnehmbar und solle, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, langfristig abgebaut werden. Die **langen Übergangsfristen bis 2023** sorgten dafür, dass in Deutschland in den nächsten Jahren kein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe. Sinnvoll sei jedoch eine Anhebung in kleinen vorausschaubaren Schritten von jährlich rund 2-3 Ct/Liter, damit sich Verbraucher und Industrie darauf einstellen können. Autos mit innovativen Hybrid-, Elektro- und Gas-Antrieben hätten so endlich auch die Chance profitabel zu werden und einen relevanten Marktanteil zu erreichen.

Der EU-Vorschlag sieht vor, erstmals eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Energie in Europa einzuführen. „**Die stringente Ausrichtung an Energie- und CO₂-Gehalt unterstützt die 2020-Ziele der Europäischen Union für mehr Energieeffizienz, Klimaschutz und Erneuerbare Energien und beendet das bisherige Durcheinander nach dem zum Teil besonders klimaschädliche Energieträger besonders niedrig besteuert werden**“, erklärt Schlegelmilch. Aufgrund des unterschiedlichen Energie- und CO₂-Gehalts bei der Verbrennung der Treibstoffe, muss die Steuer auf Diesel ab 2023 um 8-9% höher sein als auf Benzin. Dies kann in Deutschland aufgrund der bereits verhältnismäßig hohen Besteuerung aber auch durch eine aufkommensneutrale Umschichtung der Steuern zwischen Diesel und Benzin erfolgen.

Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS erklärt dazu: „**Subventionen können gerechtfertigt sein zur Markteinführung umweltfreundlicher Technologien. Diesel hat allerdings einen höheren CO₂-Gehalt als Benzin und ist durch die mit der Nutzung verbundenen Ruß-Emissionen deutlich krebserregender. Auch wenn die deutsche Automobilindustrie Diesel-Motoren trotzdem als umweltfreundlich preist, muss nach mehreren Jahrzehnten der Subventionierung doch irgendwann die Marktreife erreicht sein.**“ Zudem zeigten Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, dass sich Dieselfahrzeuge auch ohne Steuersubventionen am Markt durchsetzen können.

Während der Plenartagung in Straßburg am Donnerstag wird das Europäische Parlament über den sogenannten Lulling-Bericht zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur

Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – kurz EU-Energiesteuerrichtlinie – abstimmen. Die Kommission hatte einen entsprechenden Vorschlag im April 2011 vorgelegt. Demzufolge soll die Höhe der Steuer für alle Energieträger am CO₂-Ausstoß und Energiegehalt (technische Neutralität) orientiert werden. Die existierenden Verzerrungen sollen auslaufen.

Mit dem Vorschlag kann das Parlament nach Auffassung des FÖS der historisch bisher einmaligen doppelten Herausforderung der parallelen Bewältigung der schweren Finanz- und Klimakrise praktische Weichenstellungen entgegensetzen.

Hinzu kommt eine bessere Kohärenz innerhalb der Richtlinie, aber vor allem auch in ihrer Funktion, das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) ohne Überlappungen und Lücken zu ergänzen. Diese existieren derzeit und führen damit zu Wettbewerbsverzerrungen.

Weitere Informationen: http://www.foes.de/pdf/Hintergrund_Energiesteuerrichtlinie.pdf (Drei Seiten)

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-890 26 80)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.